

Übersetzung aus <http://www.palaestina-portal.eu/>

Deutsch von K. Nebauer

EU lässt Israel Schulen in der Westbank zerstören, die es selbst finanziert hat - Ali Abunimah - 28.08.2017 –

Dutzende palästinensische Kinder in Jubbet al Dhib, einem Dorf bei Bethlehem, sollten vergangene Woche mit dem Schulunterricht beginnen.

Aber am Abend des 22. August zerstörten israelische Besatzungskräfte ihre neue Schule. Sie hatte aus sechs vorgefertigten Gebäuden bestanden, die weitgehend von der EU und mehreren ihrer Regierungen finanziert worden waren. Während dem 5-stündigen Angriff erklärte die israelische Armee den Bereich zum gesperrten Militärgelände und setzte Schallgranaten, Tränengas und Gummi ummantelte Stahlkugeln ein, um die Bewohner fernzuhalten, während sie die Gebäude abrisen und konfiszierten.

"Es war herzzerreißend zu sehen, wie die Kinder und ihre Lehrer unter der glühenden Sonne zu ihrem ersten Schultag erschienen, ohne Klassenraum oder irgendetwas anderes als Unterstand, während in der unmittelbaren Nachbarschaft die Bauarbeiten für die Erweiterung illegaler Siedlungen ohne Unterbrechung weitergehen", sagte Itay Epshtain vom Norwegischen Flüchtlingsrat nach einem Besuch in dem Dorf.

"Die Zerstörung eines Schulgebäudes in der Nacht vor Beginn des neuen Schuljahres verkörpert die administrative Grausamkeit und systematischen Schikanen durch die Behörden mit der Absicht Palästinenser von ihrem Land zu vertreiben", erklärte die israelische Menschenrechtsgruppe B'Tselem.

Ein Sprecher der EU sagte am Montag der Electronic Intifada, der Wert der von der israelischen Armee beschlagnahmten Gebäude und (ihrer) Ausstattung in Jubbet al Dhib und zuvor in der Gemeinde Abu Nuwar betrage 37.000 Dollar – und dass sie gemeinschaftlich von der EU, von Belgien, Dänemark, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Spanien und Schweden bezahlt worden waren.

Anfang August hatte die israelische Armee Solarpaneele konfisziert, die den Kindergarten der Gemeinde Abu Nuwar mit Strom versorgte; Abu Nuwar liegt in der Zone EI der besetzten Westbank, wo Israel den Ausbau seiner Megansiedlung Maaleh Adumim plant.

Schwache Antwort der EU - In einem schwachen Statement äußerte die EU letzte Woche ihre "ernste Besorgnis" – nicht einmal Verurteilung – über diese und andere Zerstörungen. In dem Statement wurde nicht einmal erwähnt, dass die Gebäude von Steuerzahlern der EU finanziert worden waren. Die EU erwähnte allerdings, dass die israelische Politik "Land zum exklusiven israelischen Gebrauch ausweist und den Palästinensern Entwicklung verweigert" – eine indirekte Anerkennung dessen, was andere unverblümt und genauer als Apartheid bezeichnet haben.

Doch schon am Montag bestätigte die EU, sie sei zufrieden, dass sie die Zerstörung vorübergehen ließ, ohne Israel mit einer konkreten Aktion zur Rechenschaft zu ziehen. Gefragt, was die EU geplant habe, um Schadensersatz und Rechenschaft von Israel zu verlangen, sagte der Sprecher: "Die EU hat diese Angelegenheiten öffentlich und ebenso privat in ihrem Dialog mit den israelischen Behörden zur Sprache gebracht." Das ist die diplomatische Sprache für: Wir haben alles getan, was wir tun werden, was so viel heißt, wie 'nichts'.

Angriffsserie - Die Zerstörung von Jubbet al Dhib war eine von mehreren israelischen Angriffen auf palästinensische Schulen in der letzten Zeit.

Am 21. August stürmten Besatzungskräfte die palästinensische Beduinengemeinde Jabal al-Baba nahe dem Dorf al-Eizariya im Umland von Jerusalem und zerstörten ein vorgefertigtes Gebäude, das als Kindergarten für 25 Kinder dienen sollte, die keine andere Schule haben. Laut B'Tselem nahm die israelische Armee Tische, Stühle und eine Tafel mit – eine Ausstattung im Wert von 2.800 Dollar, eine riesige Summe für eine so kleine Gemeinde.

"Die jüngste Reihe von Zerstörungen von Schulen und Konfiszierungen in der Westbank sind Teil eines größeren Angriffs auf (Schul-)Bildung in Palästina", stellte der Norwegische Flüchtlingsrat fest. Nach dieser Organisation sind derzeit etwa 55 Schulen in der Westbank von Anordnungen der Besatzungsmacht zur Zerstörung oder dem sogenannten "Baustopp" bedroht. Viele liegen in der Zone C, den ungefähr 60% der Westbank, die nach den von Israel und der PLO Anfang der 1990-er Jahre unterzeichneten Osloabkommen sich unter voller israelischer Kontrolle befinden.

Viele dieser Schulen sind mit Spenden finanziert worden, einschließlich von Regierungen von EU-Mitgliedsländern.

"Israel verweigert den meisten Palästinensern in der Zone C Baugenehmigungen und lässt damit Palästinensern keine andere Wahl als ohne Genehmigungen zu bauen und zu entwickeln, während sich in der Nachbarschaft israelische Siedlungen, die in Verletzung des Völkerrechts errichtet wurden, weiterhin ausdehnen", stellte der Norwegische Flüchtlingsrat fest.

Massive Zerstörungen - Die Zerstörung palästinensischer Infrastruktur durch Israel, die von internationalen Gebern finanziert wurde, erfolgt unablässig und systematisch. In den letzten Jahren hat Israel EU-finanzierte Projekte wie Schulen, Spielplätze und landwirtschaftliche Initiativen im Wert von mindestens 74 Millionen Dollar zerstört. Analysten nehmen an, dass die EU das ganze Ausmaß der Zerstörungen durch Israel herunterspielt, um Schwierigkeiten zu vermeiden.

Die israelische Zeitung Haaretz berichtete letztes Jahr, dass es wachsenden Druck von Mitgliedern des Europäischen Parlaments auf die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini gab, Israel in dieser Angelegenheit energischer zur Rede zu stellen. Aber stattdessen scheint die EU ihre bedingungslose Unterstützung für Israel zu verstärken. Ein hochrangiger Beamter versprach kürzlich Unterstützung der EU für die israelischen Bemühungen, Kritik an ihrer Politik zum Schweigen zu bringen, unter dem Deckmantel des Kampfs gegen Antisemitismus. Auch fahren EU-Beamte fort, die gewaltfreie BDS-

Bewegung mit der Behauptung schlecht zu machen, die EU könne nicht sicher beweisen, dass BDS-Aktivitäten (nicht) zu einem Anstieg von antisemitischen Vorfällen geführt hätten.

Die EU fährt auch fort, israelische Folterer und Rüstungsproduzenten finanziell zu unterstützen.

Leere Worte - Im Juni konfiszierte Israel eine Solaranlage und einen Dieselmotor in Jubbet al Dhib, die von den Niederlanden gespendet worden waren und auf einen Wert von Einhunderttausenden Dollar geschätzt werden.

Die niederländische Regierung sandte Israel einen Brief, in dem es gegen die Entfernung protestierte und sagte, "sie würde derzeit prüfen, welche weiteren Schritte unternommen werden können". Haaretz berichtete, "diese sanft formulierten Statements verbergen die kochende Wut in der Regierung der Niederlande, einem engen Freund Israels, über den Schaden an dem humanitären Projekt".

Und über die Zerstörung in Jubbet al Dhib im August hat die belgische Regierung ihre Verärgerung wissen lassen. "Diese neuen Zerstörungen und Konfiszierungen von unverzichtbarer Infrastruktur ist inakzeptabel", sagten der Außenminister des Landes Didier Reynders und Entwicklungsminister Alexander De Croo in einem gemeinsamen Statement. "Durch das Unterminieren solcher humanitärer Projekte verstößt Israel gegen seine internationalen Verpflichtungen als Besatzungsmacht, insbesondere gegen die Vierte Genfer Konvention, die sich auf den Schutz der zivilen Bevölkerung in Kriegszeiten bezieht", fügte die belgische Regierung hinzu. Starke Worte in der Tat, aber mit beruhigenden Zusicherungen, sodass Israel keine Konsequenzen fürchten muss.

"Von der israelischen Regierung werden Erklärungen und Schadensersatz verlangt", sagten die Minister. "Belgien ist nicht der einzige internationale Geber, der durch diese Art von Zerstörungen betroffen wurde. Es wird gemeinsam mit seinen Partnern fortfahren wie in der Vergangenheit daran zu arbeiten, die israelische Regierung zu ersuchen, diese Zerstörungen zu beenden."

Es gibt nicht den leisesten Hinweis darauf, was Belgien machen würde, wenn Israel seine höflichen Bitten ignoriert, aber wenn man die Vergangenheit betrachtet, wird es – wie die EU – absolut gar nichts tun.

Schlag uns noch einmal - "Die Zerstörung von Bildungsinfrastruktur, die mit europäischem Geld finanziert worden ist, ist nicht nur eine Verletzung des Völkerrechts", sagt Hanibal Abiy Worku, der Direktor des Norwegischen Flüchtlingsrates-Palästina. "Es ist auch ein Schlag ins Gesicht der internationalen Gemeinschaft, die Hilfe für die besetzte palästinensische Bevölkerung zur Verfügung stellt, um für die Kinder für sichere Orte zum Lernen zu sorgen."

Mit ihrer Untätigkeit haben die EU und Regierungen ihrer Mitglieder Israel wieder einmal eine klare Botschaft gesandt: bitte, schlag uns und unsere Steuer zahlenden Bürger noch einmal und bleib dabei, Schulen und Leben der Palästinenser zu zerstören. [Quelle](#)